

# nachrichten

Juni  
2020



Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages  
und des Europäischen Parlaments e. V.

## Editorial

Geschäftsführerin  
Rita Pawelski

## Informationen

Termine

Personalien

Bericht der Präsidentin  
Dr. Edith Niehuis

## Titelthema

30 Jahre  
Deutsche Einheit

## Berichte / Erlebtes

Mein Leben danach

## Erlesenes

## Aktuelles

## Jubilare

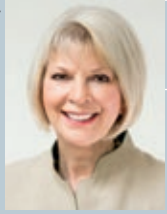
## „Geisterstadt“ Berlin



© Maria Korinth (5)



## Editorial



Eigentlich... sollte hier das Editorial der neuen Geschäftsführerin/des neuen Geschäftsführers stehen, denn eigentlich sollte am 21. April der neue Vorstand und ein neuer Präsident/eine neue Präsidentin gewählt werden. Der Wechsel an der Spitze unserer Vereinigung bedingt, dass es auch einen Wechsel in der Geschäftsführung gibt. Und eigentlich wollten wir über die Fahrt einer Gruppe unserer Vereinigung im Mai nach Irland berichten und darüber, wie der Brexit dieses Land trifft. Alles war organisiert... Und eigentlich sollten sich im Juni die Ehemaligen aus den Ländern auf dem BER treffen und im Oktober soll das Europäische Kolloquium bei uns in Berlin stattfinden.

Eigentlich... denn dann kam es anders... Aus China machte sich ein kleines Virus auf die „Reise“: Corona! Was anfangs eher erstaunt zur Kenntnis genommen wurde, entwickelte sich rasch zu einer weltweiten Pandemie und traf auch Deutschland mit aller Wucht. Eine Kontaktsperre wurde verordnet, Restaurants und Geschäfte mussten schließen, Reisen und Versammlungen wurden verboten. Und damit traf dieses Virus auch unsere Vereinigung. Die Jahreshauptversammlung mit Wahlen, unsere Irlandreise, alles wurde abgesagt. Neue Termine können noch nicht fest geplant werden, weil keiner sagen kann, wann größere Versammlungen wieder erlaubt, wann man andere Länder sicher bereisen kann. Diese Entwicklung war für viele von uns ein Schock, auch für mich. Nie hätte ich es für möglich gehalten, dass ein Virus so sehr in unser Leben eingreifen, ja, sogar unser Leben verändern kann.

Seit einigen Tagen (Stand 23.5.2020) schöpfen wir Hoffnung. Unter strengen hygienischen Auflagen dürfen Geschäfte und Restaurants wieder öffnen, Reisen innerhalb Deutschlands, wenn auch sehr eingeschränkt, sind wieder möglich. Deutschland startet durch, aber noch immer steht Corona auf dem Bremspedal. Über der Zukunft unseres Landes liegt ein Schatten: Die Wirtschaft hat sich stark abgeschwächt, eine Rezession wird erwartet. Über 10 Mio. Menschen sind in Kurzarbeit, die Zahl der Arbeitslosen wächst, die „schwarze Null“ im Bundeshaushalt ist Vergangenheit, Schulden in noch nie da gewesener Höhe sind eingebucht. Und doch bin ich froh, gerade in dieser Zeit in Deutschland zu leben: Mit einer seltenen Einigkeit haben verantwortungsbewusste Politiker aller Parteien Programme beschlossen, die verhindert haben, dass Corona bei uns den gleichen Weg geht wie in anderen Ländern: Italien, Spanien, England, USA, Südamerika oder Russland. Durch schnelles und kluges Handeln wurde der Flächenbrand namens „Corona“ verhindert. Die Zahl der Toten und der Erkrankten ist hoch und schlimm, aber gemessen an der Gesamtbevölkerung doch relativ gering. Unser Gesundheitssystem ist nicht kollabiert.

Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir „Corona“ überstehen... und überleben. Und dass unsere Wirtschaft wieder in Schwung kommt und wir in 5–10 Jahren mit Schaudern an diese Zeit zurück denken. Spätestens jetzt müsste ich sagen: Wir schaffen das!

Wir werden uns hoffentlich im November wiedersehen, wenn wir unsere Jahreshauptversammlung nachholen können. Ich freue mich auf Sie! Bleiben Sie bitte bis dahin gesund!!!

Ihre

## Informationen

### Termine

- 15.–17.09.2020 Mitgliederreise nach Niedersachsen (abgesagt und verlegt nach 2021)
- 3./4.11.2020 Mitgliederveranstaltung in Bonn (abgesagt und verlegt nach 2021)
- 23./24.11.2020 Jahreshauptversammlung mit Wahl des Vorstands (unter Vorbehalt)

### Personalien

© Digital-Foto-Kraus



Wir gratulieren **Wilmya Zimmermann**, die erstmals nach 30 Jahren für die SPD in den Gemeinderat Poxdorf gewählt wurde. Unerwartet kam die Information für die Niederländerin, die erstmals mit 45 Jahren für das Amt kandidierte.

© privat



**Dr. Elisabeth Altmann** (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) wurde in die Kreistagsfraktion des Nürnberger Landkreises gewählt. Mit 20,5 % für die Grünen in der Gemeinde Pommelsbrunn zählt die Fraktion jetzt 14 Mitglieder im Kreisrat. Wir gratulieren!

© SPD-Partei Vorstand/ Berno Kraehahn



Als neues Mitglied begrüßen wir **Dr. Eva Högl** (SPD). Wir gratulieren zum Amt als Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages. Nachgerückt in den Deutschen Bundestag ist **Mechthild Rawert**.

## Liebe Kollegen und Kolleginnen,

die Gemeinsamkeit unter ehemaligen Abgeordneten zu pflegen, steht als Vereinszweck in unserer Satzung. Im 44. Jahr unseres Bestehens hat uns leider ein grassierendes Virus die dazu wichtigen Begegnungen verwehrt.

Jetzt blicken wir alle auf den Tag, an dem die Pandemie besiegt sein wird. Die Zeit nach Corona wird wohl ein wenig anders sein als vor Corona. Privat und beruflich hat die Phase des Lockdown Gewohnheiten hinterfragt und neue Möglichkeiten aufgezeigt. Wünschen wir uns, dass das Bessere nach Corona obsiegt. Doch es muss nicht so kommen.

In den medialen Parallelwelten und auf manchen Plätzen sind bedenkliche Töne zu hören. Sogenannte Wutbürger, politische Extremisten und Verschwörungstheoretiker vereinen sich zu lauten Protesten. Sie eint eins: Verachtung und Misstrauen gegenüber unserem Staat. Für unsere Demokratie ist das ein gefährliches Gebräu. Und wir sollten uns vor diesen kruden Thesen einer Minderheit nicht wegducken. Schließlich fordert unsere Satzung uns auch auf, mit unserer Erfahrung der parlamentarischen Demokratie zu dienen.

Das sogenannte Präventionsparadoxon könnte den Protesten eine scheinbare Glaubwürdigkeit geben: Da nicht jede und jeder vom Virus betroffen gewesen ist, erscheinen die präventiven Maßnahmen der Regierung, die für die Gesundheit und das Leben der Bevölkerung wichtig waren und die Gefahr durch das Virus gedämmt haben, für Einzelne nicht erfahrbar nützlich oder auch schädlich. Denn das exponentielle Wachstum ist nicht jedem geläufig. Verunsicherte Menschen haken sich ein bei Verschwörungstheoretikern und Rechtspopulisten, die nur auf Gelegenheiten warten, die Bevölkerung zu spalten mit dem Ziel, unsere parlamentarische Demokratie zu zerstören. Auch NS-Symbole wurden schon gesichtet. Und die Vorsitzenden der AFD-Fraktionen in Brandenburg und Thüringen nennen den Verfassungsschutz sogar öffentlich einen politischen Gegner der AFD.

Es ist schade, dass auf Grund der viralen Bedrohung wichtige Gedenktage nicht gebührend begangen werden konnten. Im April vor 75 Jahren befreiten die Alliierten die Menschen in den Konzentrationslagern, und mit dem Ende des 2. Weltkrieges und des Naziterrors wurden am 8. Mai 1945 alle Deutschen befreit. Der Weltkrieg und Konzentrationslager kamen nicht aus dem

Nichts. Sie wurden von der deutschen Politik geplant.

Viele waren damals mit der ersten Demokratie in Deutschland, der Weimarer Republik, unzufrieden. Sie haderten mit dem Versailler Vertrag, der ihnen auf Grund der Kriegsschuld aus dem 1. Weltkrieg Reparationen auferlegte; andere träumten vom großdeutschen Nationalismus, suchten Schuldige und verfielen dem Judenhass. Und vieles mehr. Trotz unterschiedlicher Motive waren sie sich in der Ablehnung der Weimarer Republik einig. Hitler und die Nationalsozialisten machten sich diese Gefühlslage zunutze, gerieten sich als stark und wurden gewählt, ohne dass alle wussten, was es brachte. Mord, Krieg und Zerstörung.

Um diese Strukturen zu erkennen, wären Veranstaltungen und Schulunterricht zum Ende des 2. Weltkrieges sehr wichtig gewesen.

Nun schauen wir auf ein zweites wichtiges Jubiläum in diesem Jahr: Am 3. Oktober jährt sich der Tag der deutschen Einheit zum 30. Mal. Menschen in der ehemaligen DDR waren so mutig, dass sie in einer friedlichen Revolution eine Diktatur wegdemonstrierten. Auf unserer leider ausgefallenen Jahreshauptversammlung wollten wir uns diesem Thema widmen.

Die Jahre 1989/90 gehen in die deutsche Geschichte als Zeit ein, auf die wir stolz sind. In dieser Ausgabe unserer „nachrichten“ berichten einige unserer Mitglieder aus jener Zeit vor 30 Jahren. Falls auch Sie Ihre Erlebnisse kompakt aufgeschrieben haben, sind wir gerne bereit, sie auf unserer Website zu veröffentlichen.

Ihre



# 30 Jahre Deutsche Einheit

## 1989/90: Was für historische Jahre!

Am 31.8.1990 um 13:15 Uhr wird der Einigungsvertrag in Berlin im Kronprinzenpalais Unter den Linden von Bundesinnenminister **Dr. Wolfgang Schäuble** und Staatssekretär **Günther Krause**, den Chefs der beiden deutschen Delegationen, unterzeichnet. Selten hat es ein Vertragswerk von solcher Bedeutung gegeben, das in einem Land, das über 40 Jahre in zwei Staaten mit völlig unterschiedlicher Staats- und Gesellschaftsordnung getrennt war, eine einheitliche Rechtsgrundlage schuf. Es schuf die innerstaatliche Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands, es bedeutete gravierende Neuerungen für die Bevölkerung der DDR, es setzte aber auch in der Bundesrepublik Deutschland zwischen den politischen Parteien, zwischen Regierung und Opposition, zwischen Bund und Ländern eine Einigung über schwierigste und höchst umstrittene Fragen voraus.

So hatten sich erst in der Nacht vor der Unterzeichnung die Regierungsparteien und die SPD-Opposition abschließend über die noch offenen Fragen verständigt. Vorausgegangen waren Entscheidungen im Kabinettsausschuss „Deutsche Einheit“, der von mir in Vertretung des Bundeskanzlers geleitet wurde, wie auch bereits Ende Juni die Entscheidung, dass die Rechtsüberleitung im Zusammenhang mit dem Beitritt der DDR in einem Staatsvertrag vereinbart werden sollte. Vorausgegangen war auch – nach zahllosen

Besprechungen im Kabinettsausschuss und den Bundestagsfraktionen – am 26. August ein Spitzengespräch im Kanzleramt mit der SPD-Führung, an dem neben Bundeskanzler Kohl, Wolfgang Schäuble und mir Finanzminister Waigel und die Fraktionsvorsitzenden der Koalition teilnahmen. Streitig innerhalb der westdeutschen Seite waren vor allem die Finanzverfassung, die Hauptstadtfrage, die Aufnahme von Staatszielbestimmungen und die Stimmengewichtung der Länder im Bundesrat. Es ging um die Frage, wie der nach westdeutschem Recht strafbare in der DDR legal praktizierte Schwangerschaftsabbruch und der Umgang mit den Stasi-Akten im vereinten Deutschland gehandhabt werden sollten. Bei der Eigentumsproblematik musste von westdeutscher Seite die unnachgiebige Haltung der DDR hingenommen werden, die unter sowjetischer Besatzungsmacht erfolgten Enteignungen zwischen 1945 und 1949 nicht mehr in Frage zu stellen.



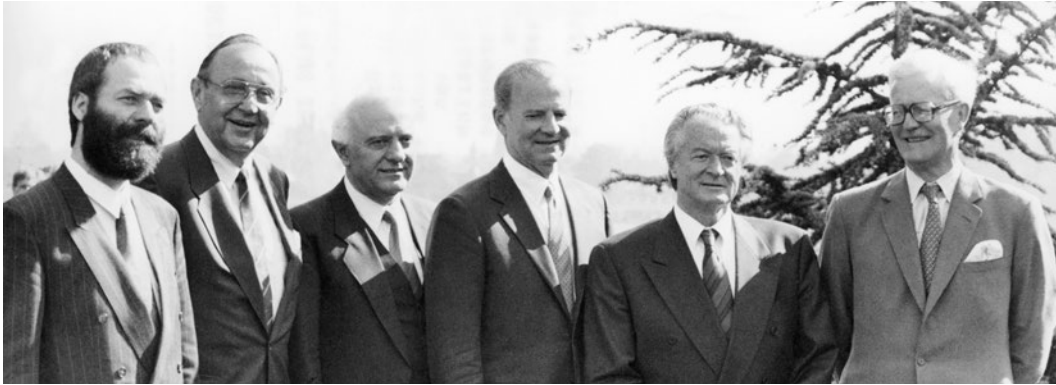
Bundesminister und Bundeskanzleramtschef Dr. Rudolf Seiters mit Bundesminister Hans-Dietrich Genscher und Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl (v. l. n. r.), 20.6.1991 Bonn

Die damaligen Diskussionen auf westdeutscher Seite haben mir klargemacht, welchen verhängnisvollen Weg wir beschritten hätten, wenn wir anstelle des Beitritts der DDR nach Artikel 23 GG die Alternative des Artikels 146 GG gewählt hätten, eine völlig neue Verfassung für das wiedervereinigte Deutschland zu erarbeiten. Wir hätten auf dem Weg zur deutschen Einheit nicht Wochen oder Monate verschenkt, sondern einen viel längeren Zeitraum – angesichts der vielen unterschiedlichen streitigen Punkte zwischen CDU/CSU, FDP und SPD über Staatszielbestimmungen, Volksbegehren, das Verhältnis von Bund und Ländern und vieles andere mehr. Den Weg über den Einigungsvertrag und den Beitrittsbeschluss der Volkskammer zu gehen, war die einzig richtige Entscheidung. Denn die Frage ist doch berechtigt: Wie lange stand die Tür zur deutschen Einheit wirklich offen? Man vergesse nicht den späteren Putsch gegen Gorbatschow, das Auseinanderbrechen der Sowjetunion und den Golfkrieg, der zu erneuten erheblichen Spannungen zwischen Moskau und Washington führte.

Nicht alles hat der Einigungsvertrag regeln können. Manche Einzelbestimmungen, etwa das Verhältnis von Rückgabe und Entschädigung in Eigentumsfragen oder die Aufgabenstellung der Treuhänder zur Verwaltung des DDR-Vermögens, mussten nachgebessert werden. Anderes – der Umgang mit der Stasi-Vergangenheit und das Verhältnis von Opfern und Tätern – wurde als ungelöste Aufgabe dem wiedervereinigten Deutschland übertragen. Aber die Grundentscheidungen des Einigungsvertrages waren allesamt richtig, und deswegen wird dieses gewaltige Vertragswerk einen herausragenden Platz in den deutschen und internationalen Geschichtsbüchern einnehmen. Daran haben die Verhandlungspartner aus Ost und West gleichermaßen einen entscheidenden Anteil.

Rudolf Seiters

## Deutsche in Freiheit und Demokratie vereint



Markus Meckel (DDR), Hans-Dietrich Genscher (BRD), Eduard Schewardnadse (UdSSR), James Baker (USA), Roland Dumas (FR) und Douglas Hurl (GB) anlässlich des 2plus4-Außenministertreffens in Bonn 1990

Die freie Wahl am 18.3.1990 markierte den Sieg der friedlichen Revolution, in welcher sich die DDR-Bürger – gemeinsam mit den anderen Völkern Mitteleuropas – von der kommunistischen Diktatur befreit haben und eine parlamentarische Demokratie errichteten. Gorbatschow hatte mit der Perestroika diese Räume der Selbstbestimmung eröffnet, die Länder Mitteleuropas und die DDR ergriffen diese Chance zur Selbstbefreiung. Der Zentrale Runde Tisch, das in Polen erfundene Instrument des friedlichen Übergangs durch Verhandlungen, die durch die Massen auf den Straßen erzwungen wurden, hatte die Voraussetzungen für die freie Wahl geschaffen. Wie die Kerzen des Herbstes 1989 wurde er zum Symbol für die Gewaltlosigkeit dieses Prozesses.

Die DDR war aber eben nicht nur eine Diktatur gewesen, sondern war Teil Deutschlands, das nach dem 2. Weltkrieg und all den furchtbaren Verbrechen von den Siegermächten geteilt wurde. Beide deutschen Staaten gehörten jeweils den feindlichen Blöcken des Kalten Krieges an. Im Spätherbst 1989, als die Freiheit die Oberhand gewann und die Menschen die Angst verloren hatten, erwies sich schnell, dass die große Mehrheit der DDR-Bürger die deutsche Einheit wollte. So prägten die Perspektive der Einheit und

der Streit, wie diese zu erreichen wäre, schon auf dem Weg zur freien Wahl die öffentliche Debatte.

Die Menschen in der DDR schauten zunehmend nach Westen, setzten ihre Hoffnungen auf die Bundesregierung mit Helmut Kohl an der Spitze. Die Koalitionsparteien in der Bundesrepublik verbündeten sich nach anfänglichen Bedenken mit den Blockparteien in der DDR, die bis dahin fest an der Seite der SED gestanden hatten. So gewannen diese haushoch die ersten freien Wahlen. Der Wahlkampf war in hohem Maße von der Wahlkampfstrategie der West-CDU/CSU bestimmt, mit viel Geld und leider auch ehrabschneidenden Denunziationen gegenüber der SPD. Rot = Rot und ähnliche Slogans sollten glauben machen, Willy Brandt und eben auch die Ost-SPD sei wie Honecker.

Die erste in der DDR frei gewählte Regierung übernahm nun den Wählerauftrag, die deutsche Einheit anzustreben – und damit sich selbst abzuschaffen. In den 2+4-Verhandlungen galt es, die Akzeptanz der Siegermächte des 2. Weltkriegs für die Einheit zu erhalten. Hier waren schwierige sicherheitspolitische Fragen zu lösen. Mit der Bundesregierung wurden die nötigen Verträge verhandelt, der zur Währungsunion wie der zur Verei-

nigung beider deutschen Staaten. Es galt ja, die völlig anders strukturierte und gestaltete Gesellschaft der DDR in die Rechtsstrukturen der Bundesrepublik einzugliedern. Hier gab es vielfältige Diskussionen. Sollte wirklich einfach alles aus dem Westen übernommen werden? War im Osten wirklich alles schlecht? Konnte nicht auch Neues entstehen?

Die Verhandlungen waren umstritten – und von der DDR-Bevölkerung selbst wenig geachtet. Gleichzeitig waren sie von der manchmal gnadenlosen Dominanz des Westens geprägt. Das Ergebnis dieser Verhandlungen und der Entscheidungen der am 18. März gewählten Volkskammer war die deutsche Einheit am 3. Oktober 1990.

Was auch immer sonst gesagt werden kann, der Weg in die Einheit war der aufrechte Gang der DDR-Bürger in diese von ihnen gewünschte Einheit. Auch wenn nicht alle Träume wahr wurden und wir heute 30 Jahre später noch keine gemeinsame Erzählung über diesen Prozess gefunden haben, ist es doch die Glücksstunde der Deutschen im 20. Jahrhundert zu nennen: wir Deutschen in Freiheit und Demokratie vereint, mit der Zustimmung unserer Nachbarn, und das 45 Jahre nachdem wir so viel Schrecken über ganz Europa gebracht hatten! Welch ein Grund zur Dankbarkeit!

Markus Meckel

## Miteinander – nie mehr gegeneinander

Während der 9. November 1989 für mich ziemlich unspektakulär verlief, zeigten sich die Monate nach dem Mauerfall aufregend und fordernd. Es war noch nicht klar, wohin die Reise ging. Klar war den Haushaltsexperten allerdings, dass „blühende Landschaften“ nicht zum Nulltarif wachsen würden. So gab es viele Begleit-Gesetze zur Wiedervereinigung. Die gemeinsame Währung, der Umtausch-Quotient und natürlich die internationale Einbindung mussten geregelt werden. Auch das gegenseitige Kennenlernen mit den neuen Volkskammerkollegen nahm viel Zeit in Anspruch.

Ein persönlicher Höhepunkt für mich als Kapitän der überfraktionellen Abgeordneten-Fußballmannschaft war das erste und letzte Zusammentreffen unserer Mannschaft mit jener der Volkskammer in Berlin-Hohenschönhausen am 21. September 1990. Motto war „Miteinander – nie mehr gegeneinander“. Wir trennten uns friedlich 2:2. Schirmherren waren **Richard Stücklen** und **Sabine Bergmann-Pohl**, die jeweiligen Parlamentspräsidenten. Viele Fernseheteams aus aller Welt waren neugierig, wie sich die Minister **Klaus Töpfer** (BRD) und **Rainer Eppelmann** (DDR) bewährten. FIFA-Schiedsrichter **Walter Eschweiler** leitete souverän.

Dieses Erlebnis der Kollegialität wurde dann am Vorabend des 3. Oktober 1990 noch getoppt. Ich hatte

mich eigens mit Frau und Sohn nach Berlin begeben, um nichts zu versäumen, weder Swing spielende sowjetische Militärkapellen noch Menschenmassen im weiten Umfeld des Brandenburger Tors. Dann standen wir auch noch auf dem Balkon des Reichstagsgebäudes direkt hinter **Helmut Kohl** und **Lothar de Maiziere** und jubelten. Es war unglaublich.

Dann kam die etwas rumpelige Bundestagswahl im Dezember 1990. Denn die Riesenfreude war fast abgelöst durch Riesenorgen. Als neuer Leiter des Arbeitskreises „Haushalt und Finanzen“ der CSU-Landesgruppe durfte ich dann vier Jahre lang Bundesfinanzminister **Theo Waigel** bei der Bewältigung der Probleme der Deutschen Einheit unterstützen.

*Klaus Rose*



© DBT / Presse-Service Steponaitis (4)



© DBT / Werner Schüring (5)

## Von der Emotion zur Realität

Auch zu Zeiten des kalten Krieges habe ich immer an die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes geglaubt. Die europäische Einigung und die Ostpolitik von **Wolfgang Mischnick**, **Hans-Dietrich Genscher** und **Walter Scheel** waren für mich die Grundvoraussetzungen für eine mögliche Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten.

Konkret erlebt habe ich den Beginn der Wiedervereinigung am 9. November während der Sitzung des Deutschen Bundestages – im „Wasserwerk“. Im Plenarsaal wurde es immer unruhiger, als Gerüchte über eine mögliche Reisefreiheit und den Fall der Mauer

die Runde machten. Schließlich stimmten viele Kollegen die Nationalhymne an. Das war echtes Gänsehautgefühl, das sich fortsetzte, als tatsächlich am späten Abend die Grenzen geöffnet wurden.

Für mich ein besonderes Erlebnis war die FDP-Klausurtagung in Dresden im Dezember 1989, da meine gesamte Familie aus Dresden stammt und ich die Bombennacht 1945 als kleiner Junge miterlebt habe. Am 19. Dezember sprach vor den Trümmern der Frauenkirche Bundeskanzler **Dr. Helmut Kohl**. Seine Rede hat mich tief bewegt, zumal ich ihn nie wieder so emotional und mitreißend erlebt habe; auch das: Gänsehautgefühl!

Danach begann die Arbeit zur rechtlichen und wirtschaftlichen Umsetzung der Wiedervereini-

gung. Dies bedeutete konzentrierte Arbeit in den Bundestagsausschüssen, für mich vor allem im Rechtsausschuss, unterbrochen durch das feierliche Zusammentreten der freigewählten Volkskammer mit dem Deutschen Bundestag; auch da: Gänsehaut! Auch kam dieses Gefühl noch ein weiteres Mal auf bei der Zeremonie des Deutschen Bundestages um Mitternacht zum 3. Oktober auf dem Balkon des Reichstagsgebäudes. Ein unvergesslicher Moment!

Als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium der Justiz hatte ich u. a. die Aufgabe, die zahlreichen Gesetze und Verordnungen zur Wiedervereinigung mitzugestalten. Die gesetzgeberische Umsetzung zog sich noch lange hin; schließlich war die Wiedervereinigung ein fließender Prozess.

*Rainer Funke*

## Ohne Frauen ist kein Staat zu machen

„Frauenfrage gelöst – Patriarchat wohlauf!“ und „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen!“ waren Slogans, unter denen sich Frauen im letzten Jahr der DDR versammelten. Es war zunächst die Kritik an der herrschenden DDR-Frauenpolitik, vor allem aber die Sorge, dass Frauen Verliererinnen des Umbruchs werden könnten, die mich zum „Unabhängigen Frauenverband“ führte. Ostfrauen hatten in puncto ökonomische Eigenständigkeit, Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper sowie Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen deutlichen Vorsprung gegenüber ihren westdeutschen „Schwestern“, den es produktiv in den deutschen Einheitsprozess einzubringen galt.

Die Entschlossenheit und Freude, mit der wir uns an die runden Tische gekämpft, demonstriert und unzählige

Stellungnahmen verfasst haben, bleibt unvergessen. Unser Miteinander hat mir die Kraft gegeben, mich aktiv einzumischen. Als der „Unabhängige Frauenverband“ noch ein Mitglied für die Wahlkommission der DDR zu den ersten freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990 benennen musste, sagte ich zu – nicht ahnend, dass dieses 50köpfige Gremium mich als 25jährige Forschungsstudentin der Literaturwissenschaften zu seiner Vorsitzenden wählen würde... Hautnah erfuhr ich, was gelebte Demokratie ist und dass man eine große Verantwortung mit vereinten Kräften schultern kann. Die Erfahrung, dass ein produktives Miteinander von VertreterInnen der unterschiedlichsten Parteien bei einem gemeinsamen Ziel möglich ist, war für mich prägend und hat mich auch später immer wieder motiviert, parteiübergreifend zu agieren.

Das Angebot der PDS, auf ihrer offenen Liste für den ersten gesamtdeutschen Bundestag zu kandidieren, erlaubte es mir, den Kampf um Frauenrechte, soziale Gerechtigkeit und Respekt der Lebensleistung Ostdeutscher gemeinsam mit vielen Verbündeten auf parlamentarischer Ebene zu führen. Ich habe es immer als ein Privileg verstanden, dass ich die Möglichkeit hatte, in einer historischen Umbruchszeit so unmittelbar und in verantwortungsvoller Position mitmischen zu können. Von dieser Erfahrung zehre ich bis heute.

*Petra Bläss*



© DBT / Hans-Günter Oed

## Revolutionärer Umbruch – für Deutschland und Europa

Von Wendezeit zu sprechen, wäre eine starke Untertreibung. Es war eine Zeit des revolutionären Umbruchs für Deutschland und für Europa. Auch mein Leben änderte sich dramatisch. Als ich im April 1989 als gemopppter kritischer Polizist in den Bundestag nachrückte, kam das für mich überraschend. Die Hoffnung, mein Thema, das aus dem Titel meines 1988 veröffentlichten Buches „Bürger statt Bullen“ (heute so aktuell wie damals) zu beschreiben ist, hoffte ich, auf die Tagesordnung setzen zu können. Weit gefehlt! Sommer 1989: Solidarnosc in Polen warf die Schatzen der Befreiung Polens voraus,

Ungarn öffnete die Grenze zur DDR und schaffte Fluchtwege. Die DDR feierte noch im Oktober ihren 40. Jahrestag. „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ lag bereits warnend über den Feierlichkeiten. Perestroika! Wir GRÜNEN erinnerten zum 50. Jahrestag auf der Westerplatte in Danzig und im KZ Auschwitz an den Kriegsbeginn 1939. An eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten, die eine große Mehrheit der GRÜNEN ablehnte, war trotz Montagsdemonstrationen in der DDR nicht zu denken. Insofern kam der „Fall der Mauer“ vollkommen überraschend.

Am Abend des 9. November war ich als stv. parlamentarischer Geschäftsführer im Plenum im „Wasserwerk“. Es hatte sich tags bereits abgezeichnet, dass es Reisefreiheit für die Bürger der DDR geben

werde. Die Umsetzung dieser Beschlüsse war dann die physische Überwindung der Mauer in Berlin. Mutige DDR-Bürger machten sich direkt auf den Weg zur Mauer und erzwangen ihre Ausreise. Als diese Meldung am späten Abend kam, waren nur noch wenige Abgeordnete im Plenarsaal. Einige Abgeordnete der CDU/CSU stimmten (etwas schräg) die Nationalhymne an. Bei den fünf bis sieben GRÜNEN im Plenum herrschte große Verunsicherung: aufstehen, sitzenbleiben, mitsingen oder den Saal verlassen. Von allen Möglichkeiten wurde Gebrauch gemacht! Und so gestaltete sich die Politik der GRÜNEN bis zur Vereinigung im Oktober 1990 und zur BT-Wahl im Dezember. „Alle reden von Deutschland, wir reden vom Wetter!“ Immer schon! 4,8 % – Donnerwetter!

*Manfred Such*

## Wiedervereinigung aus europäischer Sicht

Als die Mauer fiel, lag ich in einer westdeutschen Klinik. Das Patientenradio ließ mich akustisch kaum verstehen, was da in Berlin Unfassbares ablief. Am Tag danach auf dem Weg nach Brüssel Klarheit: der Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands hat begonnen. Schon klar, das Europäische Parlament ist dabei genauso wenig entscheidend wie andere EU-Institutionen. Aber es ist ein einzigartiger Resonanzkörper. Ihn für die deutsche Wiedervereinigung zum Klingen zu bringen, hielt ich für meine wichtigste europapolitische Aufgabe. Seit Juli 1989 war ich stv. Vorsitzender der SPE-Fraktion.

Einige europäische Kolleginnen und Kollegen erlebten den Fall der Mauer in Berlin selbst. Ihre Berichte eine eindrucksvolle Mischung aus

Begeisterung, dabei gewesen zu sein, Erschrecken über die Ostberliner Wirklichkeit und Staunen über die von nationalistischem Überschwang freie Freude der Berliner. Wenige Tage später gestand meine Fraktion den Menschen in der DDR zu, „Teil eines vereinigten Deutschlands in einem vereinten Europa zu sein“. Schon am 23. November erklärte das Europäische Parlament die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands zur „normalen Entwicklung“.

Immer noch staune ich, wie schnell die Mehrheit der europäischen Abgeordneten die neue Lage in Deutschland und Europa verstand und akzeptierte. Die aus Bonn und anderen Hauptstädten herüberwehenden Bedenken und Befindlichkeiten kräuselten die Gespräche und Stimmungen im Parlament, prägten sie aber nicht. Ich traf niemanden von Belang, der nachvollziehen konnte, dass Bonn für das neue, bescheidene, europäische Deutschland stehe, Berlin dagegen für das alte, auftrumpfende, nationalistische.

Um der SPE-Fraktion wachsenden Sorge um das Schicksal von Gorbatschows Reformpolitik zu begegnen, führte ich zwei ebenso spannende wie erhellende Gespräche: Im Februar in Berlin ein langer Abend allein mit **Valentin Falin**, damals Mitglied des ZK der KPdSU: „Vergessen Sie nicht, wir haben 380.000 Mann auf deutschem Boden stehen!“ Mich fror. Im April im Kreml mehrere Stunden mit **Vadim Sagladin**, Gorbatschows europapolitischem Berater. Er: „Wann, glauben Sie, wird Deutschland wiedervereinigt sein?“ Ich, waghalsig: „Anfang 1991.“ Er: „Spätestens, sagen uns unsere Berater“. Da war in Bonn mancher historisch noch ganz woanders.

Sondersitzung der SPE-Fraktion am 3. Oktober 1990. Proppenvoll. Freunde und Fremde. Glückwünsche, Erwartungen. Noch einmal eine einordnende, aber keineswegs beschwichtigende Rede: Mit Deutschlands neuer Größe wachse seine Verantwortung für Europas Einheit.

War es das? Nicht ganz. Nichts Großes geschieht, ohne einen Schwarm von Kleinlichkeiten hinter sich herzuziehen. Ausgerechnet im Parlament weigerte sich eine Mehrheit, Franzosen und Italiener vorneweg, die neue demographische Wirklichkeit mit zusätzlichen Mandaten für Deutschland sichtbar werden zu lassen. Wir zogen und zerrten ein ganzes Jahr lang, bis es mit knapper Mehrheit die Zahl der deutschen Europaabgeordneten von 81 auf 99 heraufsetzte.

Endlich, im Juli 1994 eben zum Präsidenten gewählt, konnte ich die Kolleginnen und Kollegen aus den neuen Bundesländern als die ersten frei gewählten Abgeordnete aus dem vormals unfreien Teil Europas im Europäischen Parlament willkommen heißen. Nation und Europa gehörten zusammen. In dem Park am Brüsseler Parlamentsgebäude steht seither ein Stück der Berliner Mauer.

Klaus Hänsch



Dr. Klaus Hänsch (3. v. l.) begleitet 1988 Hans-Jochen Vogel (vorne rechts) nach Moskau zum Gespräch mit Michail Sergejewitsch Gorbatschow



## Deutsche Parlamentarische Gesellschaft: Institution der Demokratie



DPG-Präsident *Reihard Frhr. v. Schorlemer* und *Dr. Sabine Bergmann-Pohl*, ehem. Präsidentin der frei gewählten Volkskammer, Bonn 1991

Die menschlichen Beziehungen, wie es in der DPG-Satzung formuliert wird, waren für mich immer der wichtigste Aufgabenbereich meiner Arbeit im Vorstand und als Präsident der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Bonn und Berlin von 1983 bis 2002.

Als am 9. November 1989 die Mauer in Berlin fiel und anschließend der Chef des Bundeskanzleramtes, **Rudolf Seiters**, gegen 21 Uhr eine Regierungserklärung im Wasserwerk, dem Ersatzbau des Plenarsaales, abgab, da der Bundeskanzler zu einem Staatsbesuch in Polen weilte, wurde aus der Mitte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unsere Nationalhymne angestimmt und gesungen. Viele Abgeordnete gingen dann nach Sitzungsende in die Parlamentarische Gesellschaft in die Dahlmannstraße 7. Man jubelte, aber man fragte auch mit großem Ernst: Was macht die Sowjetunion, was machen unsere europäischen Nachbarn.

Im Januar 1990 fuhren **Otto Wulff**, mein Vorgänger als Präsident der DPG, und ich nach Berlin. Wir fuhren zur Mauer, dort, wo das Reichstagsgebäude durch diese vom Reichstagspräsidentenpalais getrennt war. Dort schlugen wir kleine Stücke für uns mit dem Hammer heraus und dachten spontan, dieses Gebäude hinter dem

Reichstag könnte wohl der Sitz einer Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin werden. Am 18.3.1990 fand in der noch bestehenden DDR die einzige freie Wahl der Volkskammer statt. Ich selber war mehrmals zu Wahlkampfeinsätzen in Zeitz und in Neustrelitz. Nach dieser Wahl kamen vereinzelt Abgeordnete dieser Volkskammer nach Bonn und damit auch mal in die DPG.

Als am 28.9.1990 die Volkskammer 144 Mitglieder für den Bundestag wählte, war der Besuch in der DPG sehr viel stärker. Diese neuen Kolleginnen und Kollegen wurden von uns sehr bewusst angesprochen, zu uns in die Parlamentarische zu kommen. Denn dort lernen sie uns am schnellsten kennen, dort bekommen sie Anregungen für die praktische Arbeit. Aber auch Abgeordnete aus den alten Bundesländern lernen Empfindungen, menschliche Biographien und Denkart dieser neuen Kollegen und Kolleginnen kennen. Bei der Wahl des neuen Vorstandes der DPG 1991 wurde ich Präsident der Gesellschaft. Ich warb dafür, auch Abgeordnete der neuen Bundesländer in den Vorstand zu wählen. CDU/CSU und SPD folgten meinem Vorschlag. So kam für die CDU **Rainer Eppelmann**, der gradlinige Mann gegen den SED-Staat und evangelischer Pastor einer Kirche, die direkt an der Mauer stand. Weiter kam die Sorbin **Maria Michalk** aus Sachsen. Für die SPD kam **Renate Jäger**, auch aus Sachsen, wo sie 1989 zu den Wiedermittbegründerinnen der SPD in Dresden gehörte. Ich habe diese drei engagierten Vorstandsmitglieder bis zum Ende meiner Abgeordnetenzeit im Vorstand der DPG erlebt.

Als der Deutsche Bundestag am 20.6.1991 endgültig beschloss, nach Berlin zu gehen, und das Parlamentsgebäude mit Plenarbereich feststand, kam wieder die Frage auf: Wohin

kommt die DPG? Nach intensiver Diskussion kamen wir wieder auf das Reichstagspräsidentenpalais gegenüber vom Reichstagsgebäude. Entscheidend hierbei war die Meinung von **Rita Süßmuth**, der damaligen Präsidentin, die durch ihren Verzicht auf dieses Gebäude die Lösung ermöglichte. Ich glaube, die Mitglieder und der Vorstand sind dankbar dafür. Zwar bekam die DPG zunächst im Innern ein sehr marodes Gebäude. Die Räume mussten gestützt werden, wir hatten dafür eine Form gefunden, die mit dem äußeren Baustil in enger Verbindung steht. Hier haben die Vorstandsmitglieder aus den neuen Bundesländern sehr engagiert mitgewirkt. Sie hatten es z. B. für sehr gut empfunden, dass die Räume nach allen Bundesländern benannt wurden. Einmütig wurde auch beschlossen, einem Raum den Namen Bonn zu geben.

So interessant und wichtig das Zeigen von Koalitionsrunden auf dem Balkon für die Öffentlichkeit auch ist, ist es wichtiger, die menschlichen Beziehungen neben den sachlichen und politischen auch quer durch Gruppierungen und Fraktionen zu pflegen und zu vertiefen. So konnte in Berlin fortgesetzt werden, was der ehemalige Chefredakteur des Bonner Generalanzeigers in einem Buch über die DPG schrieb „als älteste Tochter des Parlaments und Institution der Demokratie“.

*Reinhard Frhr. von Schorlemer*

# In der Männerrepublik

## Wie Frauen die Politik eroberten



Rede von Ingrid Matthäus-Maier zum 2. ERP-Nachtragsplangesetz, Bonn 1990

Alle ehemaligen und aktiven Bundestagsabgeordneten sollten dieses Buch von Torsten Körner (siehe S. 14) lesen. Es dokumentiert, wie weibliche Abgeordnete gekämpft haben um Gleichberechtigung, gegen Benachteiligung, Diskriminierung und Demütigungen. Sorgfältig recherchiert und doch locker geschrieben liest sich das Buch wie ein Krimi, man kann mit dem Lesen nicht aufhören, denn bei allem Frust liest man es doch mit Vergnügen über manch Kurioses.

Parteiübergreifend werden Frauen beschrieben, die den Kampf aufgenommen haben: **Elisabeth Schwarzhaupt** (CDU), erste Ministerin in der BRD überhaupt, die es nur schafft, weil mehrere resolute CDU-Frauen Adenauer 1961 mit einer Abordnung belagern, um ihm eine Frau abzutrotzen. **Konrad Adenauer** begrüßte das neue Kabinett mit „Morjen, meine Herren“. Als Frau Schwarzhaupt widerspricht,

entgegnet er: „In diesem Kreis sind auch Sie ein Herr!“ Sie kämpft engagiert für die Abschaffung des berüchtigten Gehorsamsparagrafen und den Stichentscheid des Mannes bei der Kindererziehung – nur teilweise erfolgreich. Den Stichentscheid kippt erst das Bundesverfassungsgericht.

Da ist die mutige **Elisabeth Lüders** von der FDP, die 1955 im Bundestag darauf hinweist, dass die weiblichen Beschäftigten in der Bundeshauskantine zwar das Essen schneller servieren als die männlichen, aber nur 250 Mark Gehalt erhalten, die männlichen dagegen 350 Mark. Das Buch beschreibt auch die engagierte liberale **Hildegard Hamm-Brücher**, die gegen heftigen Widerstand von **Helmut Kohl** vergeblich für das Bundespräsidentenamt kandidiert und die große Rede zum Sturz von **Helmut Schmidt** 1982 hält.

Es fehlt auch nicht die Posse um das Tragen eines Hosenanzugs durch **Lenelotte von Bothmer** 1970 im Plenum.

1983 ziehen die Grünen mit 28 MdBs in den Bundestag ein: 10 Frauen und 18 Männer. Bei den Reden von **Gaby Potthast** und **Waltraud**

**Schoppe** zum § 218 StGB und dem Thema „Vergewaltigung in der Ehe“ entstand jeweils ein lauter, aggressiver, sexistischer Tumult. Das Grinsen, Gejohle, Gefeiße, die ununterbrochenen Zwischenrufe unter die Gürtellinie, das laute Klappern mit den Pulten, das auf die eigenen Schenkel Klopfen habe ich noch in guter Erinnerung und habe mich für die Kollegen geschämt.

Beim § 218 StGB waren die Auseinandersetzungen besonders hart. Nie werde ich vergessen die klugen Bemerkungen meiner langjährigen Freundin **Lieselotte Funcke** (FDP): „Männer machen Gesetze und Männer legen sie aus. Am Richterisch in Karlsruhe sitzen sieben Männer und eine Frau. Sie verfügen über das Ureigenste der Frau: die Schwangerschaft“. Ohne die tapfere **Rita Süßmuth** (und übrigens die Deutsche Einheit) wäre die Fristenregelung nicht erreicht worden.

Nichts gefallen ließ sich auch **Renate Schmidt** (SPD). Die spätere Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Kabinett Schröder (2002) mit immerhin sechs Frauen liefert sich 1985 eine Redeschlacht mit **Heiner Geissler** im Parlament. Auf Zwischenrufe entgegnet sie dem Dauerschreier: „Die klugen Frauen haben Millionen geborener Feinde, das sind die dummen Männer. Sie können sich den Schuh gerne anziehen“.

Zweierlei habe ich aus der spannenden Lektüre mitgenommen: die Hochachtung und Dank an jene Frauen aus allen Fraktionen, die unter schwierigen Bedingungen die Reformen für uns alle erkämpft haben. Und Dank natürlich auch an die Männer, die dabei kräftig geholfen haben. Und die Erkenntnis, dass noch viel zu tun bleibt. Denn Politik ist, wie wir wissen, das Bohren dicker Bretter.

Ingrid Matthäus-Maier

# Schwere Krisenzeiten für die Freiheitsrechte

## Beschränkungen auf Verhältnismäßigkeit prüfen

Die COVID-19 Pandemie ist nicht nur eine Gesundheitskrise, die die Welt in eine große Wirtschaftskrise stürzt. Sie ist auch eine historische Grundrechtskrise. Insbesondere unter dem Eindruck der dramatischen Bilder eines zusammenbrechenden Gesundheitssystems im hochentwickelten Norditalien wurden mit dem Lockdown in Deutschland innerhalb kürzester Zeit massivste Einschränkungen des gesamten öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens eingeführt. Selbst elementarste Grundrechte wie die Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG), die Freizügigkeit (Art. 11 GG), die Religionsfreiheit (Art. 4 GG) oder die Berufsausübungsfreiheit (Art. 12 GG) wurden so über Wochen praktisch aufgehoben.

Mit den strikten Ausgangsbeschränkungen oder Kontaktverboten sollten die Infektionszahlen gering, das Gesundheitssystem stabil und damit die Gesundheitsgefährdungen niedrig gehalten werden. Mangels verlässlicher Erfahrungswerte und wegen der Angst vor Infektion hat ein Großteil der Bevölkerung diese massiven Grundrechtseinschnitte zunächst hingenommen. Sie führen bei Unternehmen und Selbständigen bestimmter Branchen zu Existenzgefährdungen, im Kulturbereich zu totalem Einkommensverlust, zu Überforderung gerade vieler Alleinerziehender und bergen für Kinder wie Pflegebedürftige die Gefahr der Vereinsamung, Depression oder Verhaltensstörungen.

Die Grundrechte haben keinen Ausschaltknopf in Krisenzeiten. Sie binden auch während der Corona-Gesundheitskrise das Handeln der Regierungen und Verwaltungen. Und das ist gut so. Das ist keine Blockade oder Bürokratie, sondern das ist der Sicherheitswall zwischen dem demokratischen Verfassungsstaat und dem autoritären Überwachungsstaat. Es war deshalb von Anfang an verfassungsrechtlich geboten, dass diese Grundrechtsbeschränkungen

© Tobias Koch



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Bundesministerin a. D., vor dem abgebildeten Grundgesetz an der Spreepromenade

nur befristet, nur vorübergehend und nur mit ständiger Überprüfung gelten dürfen. Dass sie verhältnismäßig sein müssen. Das bedeutet, es muss klar sein, welche konkreten Ziele mit den Maßnahmen verfolgt werden und ob sie dazu überhaupt geeignet und erforderlich sind. Stehen etwa mildere Mittel zur Verfügung, um die Ziele zu erreichen, so müssen diese stattdessen angeordnet werden. Deshalb sind inzwischen in vielen Gerichtsentscheidungen die Beschränkungen aufgehoben oder begrenzt worden.

Gottesdienste müssen ermöglicht, Versammlungen unter Auflagen zugelassen und Differenzierungen wie z. B. bei der Öffnung von Geschäften korrigiert werden. Der Rechtsstaat funktioniert auch in dieser Krisenzeit. Abwägungen zwischen dem Schutz vor Gesundheitsgefährdung und der Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems mit den Auswirkungen der Freiheitsbeschränkungen vieler Menschen sind Bestandteil des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes. Hygienische Schutzkonzepte ermöglichen weitergehende Öffnungen in allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen. Es ist richtig, wieder stärker auf die Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger

zu setzen. Ohne ihre Disziplin, ihr Engagement, ihre Solidarität und Hilfsbereitschaft ist diese Krise nicht zu bewältigen. Sie brauchen größtmögliche Sicherheit über ihre Zukunftsperspektiven. Und diese machen an den Grenzen nicht halt. Nachdem die Quarantäneregelung für alle nach Deutschland Reisenden gerichtlich aufgehoben wurde, muss die Öffnung der europäischen Binnengrenzen verbunden mit passenden Schutzkonzepten schnell umgesetzt werden.

Die Corona-Krise wird vergehen, sie wird Schäden hinterlassen, aber Schäden an unserer Demokratie und an unseren grundgesetzlichen Freiheitsrechten werden wir nicht zulassen. Nach der Krise ist auch nach dem Ausnahmezustand, und dann müssen alle Sonderregelungen wieder der Vergangenheit angehören.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

# Nochmal durchstarten

Undine Kurth



© privat(2)

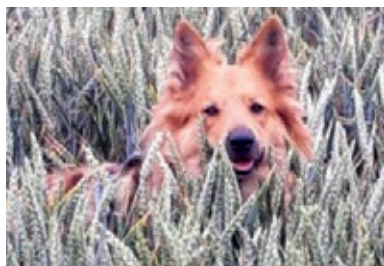
Naturschutz- und Tierschutzpolitische Sprecherin treu bleiben, als Tourismuspolitikerin aber auch klar machen, wie wichtig eine intakte Natur für diesen Wirtschaftszweig ist. Die Arbeit in der Enquete „Kultur in Deutschland“ und als parlamentarische Geschäftsführerin war unglaublich spannend.

Weil ich aber nie in meinem Leben den nett gemeinten Satz eines Altenpflegers hören möchte „Na – wie haben wir denn geschlafen?“, war ich wild entschlossen, mich rechtzeitig der Tatsache zu stellen, älter zu werden und dafür ein gutes Umfeld zu suchen. Mein Mann und ich haben uns für eine AltersWG im Wienerwald entschieden – 27 km westlich von Wien. So hat man ganz viel Natur und das wunderbare Wien fast unter einem Hut. Es war in vielerlei Hinsicht eine gute Entscheidung – nicht der langsame Abschied von allem Gewohnten, sondern nochmal durchstarten: neue Wohnung, neue Stadt, neue Regeln, neue Lieblingsbuchhandlung suchen, neue Menschen kennenlernen... Außerdem wollte ich auch nie zu denen gehören, die sich für unentbehrlich halten. Und der Natur- und Tierschutz begleiten mich auch weiterhin – als Vizepräsidentin des Deut-

schen Naturschutzringes, viele Jahre lang als Kuratorin der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, in der Stiftung Naturschutzgeschichte oder im Beirat des Kompetenzzentrums Naturschutz und Energiewende. Schließlich ist man im vernetzten Zeitalter ja nicht aus der Welt und Berlin ist nach wie vor erreichbar. Auch in Wien haben sich die „alten“ Arbeitsfelder fortgesetzt und frühere Zusammenarbeiten sind intensiviert worden. So sitze ich in der Jury für den Tierschutzpreis des Landes Wien und moderiere alljährlich den Tier&Recht-Tag. Es gibt viele gute Möglichkeiten, die politischen Erfahrungen in die Verbändearbeit einzubringen und doch etwas entspannter leben zu können.

Es war übrigens eine gute Erfahrung, das politische Berlin nochmal aus der Verbändesicht – quasi „von außen“ – zu betrachten. Das bestätigte schon den Verdacht, dass wir im Raumschiff Bundestag manchmal das wirklich Wichtige aus den Augen verlieren, nämlich was an konkreten Veränderungen und Verbesserungen tatsächlich erreicht wird – nicht wer die längere Redezeit hatte oder wer im Rubrum vorne steht.

Ich gehöre zu den Glücklichen, denen das Berufsleben immer Spaß gemacht hat – vor meiner „politischen Zeit“ ebenso wie nach 1989 als engagierte Bürgerin, die stets nach dem Motto gehandelt hat: „Demokratie lebt vom Mitmachen“. Das hat mich zu Bürgerinitiativen, in die Kommunal-



politik, den grünen Landesvorsitz von Sachsen-Anhalt, den Bundesvorstand und in den Bundestag geführt. Den Themen, die mich in die Politik getragen haben – nämlich der respektvolle Umgang mit unserer Mitwelt, an dem es leider so oft fehlt, konnte ich als



© privat

Undine Kurth (r.) mit Thomas Schröder (l.), Vorsitzender Deutscher Tierschutzbund, beim Neuland-Empfang auf der IGW 2020

# Drei Bänder sind mir vom Herzen abgesprungen

Dr. Peter Gauweiler

© Dominik Gierke



ich gern zurück an die vielen Themen, die man mit Freude und Genugtuung vorangebracht hat. Lange Jahre durfte ich den Vorsitz im Unterausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik führen und mit meinen geschätzten Kolleginnen und Kollegen wichtige Projekte unterstützen: Die Reform der Goethe-Institute, die gesetzliche Absicherung der deutschen Schulen im Ausland und den Schutz und die Verbreitung der deutschen Sprache auf allen fünf Kontinenten. Das sind gute und starke Erinnerungen.

1812 erschien das Märchen „Der Froschkönig oder der eiserne Heinrich“ der Gebrüder Grimm. Beim Happy End des Märchens springen dem treuen eisernen Heinrich drei Bänder von der Brust vor Erleichterung darüber, dass sein König nicht mehr verzaubert ist. So heißt es im Märchen:

„Heinrich, der Wagen bricht!“  
 „Nein, Herr, der Wagen nicht,  
 Es ist ein Band von meinem Herzen,  
 Das da lag in großen Schmerzen,  
 Als Ihr in dem Brunnen saßt,  
 Als Ihr eine Fretsche (Frosch) wast (wart).“

An diese Zeilen muss ich denken, wenn ich mich an den Tag meines Ausscheidens aus dem Deutschen Bundestag zurückerinnere. Nein, der Bundestag ist kein verzauberter König. Aber dem Heinrich auf dem Wagen gleich, dem die drei Bänder vor Erleichterung von der Brust springen, fiel mir eine Last vom Herzen, als ich nach dreizehn Jahren im Bundestag – und über 40 Jahren in Volksvertretungen insgesamt – aus dem Parlament ausschied.

Wir wissen alle, dass die Tätigkeit viel Freude bringt, aber auch viele vergebliche Mühen vorhält. Meine Zeit im Reichstagsgebäude war einerseits geprägt von Kontroversen wie die um die Debatten um den Lissabon-Vertrag, den Euro oder die militärischen Interventionen vom Irak bis nach Afghanistan. Und natürlich denke

Die Politik als solche habe ich deshalb auch nicht aufgegeben. Politisch zu denken, das hängt nicht an Ämtern und Posten. Ganz im Gegenteil, so wirklich politisch frei ist man eben dann, wenn die Eisenbänder nicht mehr auf der Brust drücken.

© Deutscher Bundestag / Werner Schüring



Dr. Peter Gauweiler beim Interview, 2003

## Erlesenes



**Wilhelm Knabe**  
Erinnerungen  
Ein deutsch-deutsches Leben  
Dr. Krosse Verlag,  
2019, Gebunden,  
355 Seiten, 19,80 €  
9783981380736



**Wolfgang Weng**  
Zu Risiken und  
Nebenwirkungen der Politik  
Fischer Lautner Verlag,  
2. Auflage, Softcover,  
456 Seiten, 22,00 €  
978-3-9814106-6-2



**Markus Meckel**  
Zu wandeln die Zeiten  
Evangelische Verlagsanstalt,  
2020, Hardcover,  
492 Seiten, 29,80 €  
978-3-374063550



**Rudolf Seiters**  
Vertrauens-  
verhältnisse  
Herder Verlag, 2016  
Hardcover,  
265 Seiten,  
5,99 €  
978-3-956663734



**Johannes Gerster**  
Die Wiedervereinigung 89/90.  
Ich war mittendrin  
Leinpfad Verlag, 2020  
Hardcover, 152 Seiten,  
14,00 €  
978-3-945782-63



**Erika Schuchardt**  
Warum gerade ich?  
Leben lernen in Krisen  
Vandenhoeck & Ruprecht Verlag,  
14. Auflage, Softcover,  
360 Seiten, 20,00 €  
978-3-525-62014-4



**Sabine Bergmann-Pohl**  
Abschied ohne  
Tränen  
Ullstein Verlag, 1991  
Gebunden, 208 S.  
978-3550078026  
(derzeit vergriffen)



**Torsten Körner**  
In der Männer-Republik  
Wie Frauen die Politik eroberten  
Kiepenheuer & Witsch Verlag,  
2020, Gebunden, 368 Seiten,  
22,00 €  
978-3462053333



**Stephan Eisel**  
Beethoven in Bonn  
Lempertz Verlag, 2020  
Softcover, 128 Seiten,  
8,99 €  
978-3-3960-583424

## Personalien

Es ist schwer vorstellbar, was **Hans Wallow** und seine Lebensgefährtin am 18.12.2019 in ihrem Haus durchmachten. Ein junger Mann steht bereits ein zweites Mal unangemeldet vor der Tür und bittet um ein Interview. Hans Wallow lehnt ab und weist den Besucher erneut darauf hin, vorab telefonisch einen Termin zu vereinbaren. Der Mann scheint sich im ersten Moment damit zufrieden zu geben, bittet jedoch, das Bad

aufsuchen zu dürfen. Erst nach mehrfacher Aufforderung kommt er endlich heraus – Hans Wallow blickt in den Lauf einer geladenen Gaspistole. „Endlich erwisch ich mal einen der Scheiß-Politiker“, so der Angreifer. Er drückt zweimal ab, doch ein Schuss löst sich glücklicherweise nicht. Gemeinsam mit seiner Lebensgefährtin kann Hans Wallow den Angreifer überwältigen und die Polizei alarmieren. Wie sich herausstellte, handelte es sich bei dem Angreifer um den Sohn eines Bekannten, in dessen Verlag Hans Wallow in den 80er Jahren ein Buch herausgegeben hatte. Der Täter wurde zu einer Haftstrafe von 2 Jahren und 3 Monaten verurteilt.

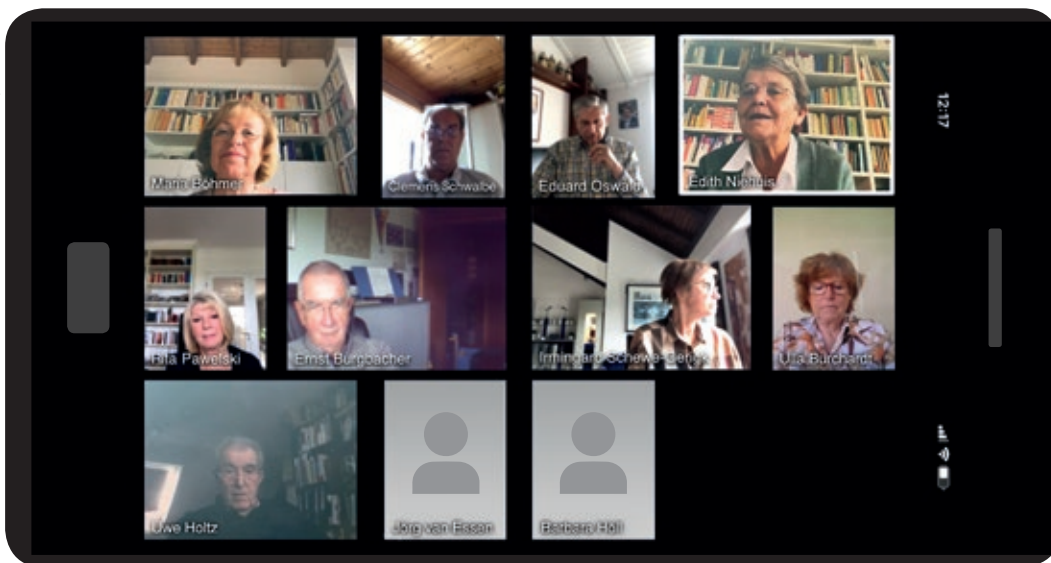
Auf Grund der Pandemie und der damit verbundenen Restriktionen finden die Vorstandssitzungen und die Generalversammlung der Europäischen Assoziation (EA), der neben der deutschen Ehemaligen-Vereinigung weitere 22 nationale Mitgliedsvereinigungen angehören, derzeit nur online statt. Auf ihrer Sitzung am 5.5.2020 hat die Generalversammlung u. a. beschlossen, die Amtsperiode des derzeitigen Präsidenten **Rune Rydén** aus Schweden bis März kommenden Jahres zu verlängern. Auch die von der EA geplanten Veranstaltungen und das Kolloquium „Europa angesichts globaler Mächte“ werden voraussichtlich in den März nächsten Jahres verlegt.

# Die Geschäftsführerin informiert



© Deutscher Bundestag / Foto- und Bildstelle

Der FDP-Politiker **Dr. h. c. Torsten Wolfgramm** verstarb am 19.4.2020 im Alter von 83 Jahren. Er war von 1974 bis 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages und 14 Jahre Parl. Geschäftsführer seiner Fraktion. Von 1991 bis 1993 war er Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. Darüber hinaus engagierte er sich als Stv. Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung, als langjähriges Vorstandsmitglied der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft sowie als Mitglied im Vorstand der Vereinigung der Ehemaligen (1987–1995). „Er war kein Mann der lauten Töne..., niemals oberflächlich, immer verantwortungsvoll“, so der Bundestagsvizepräsident **Thomas Oppermann, MdB**.



© privat (9)

Die erste Online-Vorstandssitzung in 44 Jahren Vereinsgeschichte fand am 4.6.2020 statt. Trotz technischer Startschwierigkeiten fanden am Ende doch alle aus der Ferne zusammen. Wichtigster Punkt der Tagesordnung: Wie geht es weiter mit den Veranstaltungen? Aufgrund der nicht vorhersehbaren Entwicklung in den kommenden Monaten werden die Mitgliederreise nach Niedersachsen (15.–17.9.2020) und die geplante Veranstaltung in Bonn (3./4.11.2020) abgesagt und nach 2021 verlegt!

Über den richtigen Weg aus der Corona-Krise diskutierte **Hildegard Müller**, Staatsministerin a. D., am 3.5.2020 bei *Anne Will*. Sie war außerdem Gast bei *maybrit illner* am 12.3.2020 zum Thema „Erhöhte Ansteckungsgefahr – Gesundheit schützen, Jobs riskieren?“

**Prof. Dr. Erika Schuchardt** war zu Gast in der Radiosendung *KlassikPlus* am 30.4.2020 zum musikalischen Gespräch über „Beethoven, Corona und Krisenmanagement (nachzuhören auf [www.prof-schuchardt.de/Veröffentlichungen](http://www.prof-schuchardt.de/Veröffentlichungen))“

Über die Corona-Krise diskutierten Bundesministerin a. D. **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger** und Sachsens Ministerpräsident **Michael Kretschmer**

am 19.4.2020 bei *Anne Will*. Die frühere Bundesministerin gab dem *Deutschlandfunk* am 5.2.2020 außerdem ein Interview zur Flüchtlingslage auf den griechischen Inseln (Dlf Audiothek). „Über Rechtsaußen an die Macht – Tabubruch in Thüringen“ sprach Michael Kretschmer bei *maybrit illner* am 6.2.2020.

Die Gäste von *maischberger.die woche* am 19.02.2020, darunter **Prof. Dr. Bernhard Vogel**, Ministerpräsident a. D., tauschten sich u. a. aus über den Machtkampf in der CDU.

Bundesinnenminister a. D. **Gerhart Baum** war am 16.2.2020 zu Gast bei *Anne Will* „Politik im Krisenmodus – wer hält das Land noch zusammen?“ Bei *Markus Lanz* am 13.2.2020 äußerte er sich über die

schwierige Situation der Liberalen und in der Sendung am 27.5.2020 zur Debatte um die Grundrechtseinschränkungen im Kampf gegen COVID-19.

Darüber, wie es für sein Bundesland weitergehen soll, sprach **Bodo Ramelow**, Ministerpräsident in Thüringen, in *maischberger.die woche* am 12.2.2020. Bei *Markus Lanz* am 28.5.2020 nimmt er Stellung zu seinen Lockerungsplänen und erläutert die Faktoren, nach denen er seinen weiteren Corona-Kurs bestimmt.

95 Jahre

04.12. Manfred Schneider  
55743 Idar-Oberstein

90 Jahre

08.10. Dr. Ulrich Janzen  
18435 Stralsund

14.10. Renate-Charlotte  
Rabbethge  
7500 St. Moritz

19.11. Prof. Dr. Christian  
Schwarz-Schilling  
Bundesminister a. D.  
12159 Berlin

85 Jahre

13.07. Trudi Schmidt  
66583 Spiesen-  
Elversberg

13.07. Udo Fiebig  
42499 Hückeswagen

11.11. Karl Lamers  
57635 Kircheib

01.12. Prof. Dr. Heinz  
Riesenhuber  
Bundesminister a. D.  
65929 Frankfurt

11.12. Günther Bredehorn  
26345 Bockhorn

31.12. Dr. Ruprecht Vondran  
40593 Düsseldorf

80 Jahre

08.07. Prof. Dr. Peter Danckert  
10707 Berlin

05.08. Norbert Gansel  
Obermeister a. D.  
24145 Kiel

15.08. Klaus Wettig  
37085 Göttingen

05.09. Prof. Dr. Josef Klein  
14197 Berlin

80 Jahre

06.09. Rudolf Binding  
88250 Weingarten

02.10. Werner Dörflinger  
Bürgermeister a. D.  
79761 Waldshut-Tiengen

09.11. Bernd Reuter  
61130 Nidderau

17.11. Rudolf Dreßler  
Parl. Staatssekretär a. D.  
53639 Königswinter /  
Vinxel

18.11. Rainer Funke  
Parl. Staatssekretär a. D.  
22457 Hamburg

12.12. Dr. Norbert Wiczorek  
65428 Rüsselsheim

75 Jahre

02.07. Prof. h. c. Dr. Dieter  
Grasedieck  
46244 Bottrop

12.07. Hans Jochen Henke  
Staatssekretär a. D.  
71640 Ludwigsburg

09.09. Ingrid Matthäus-Maier  
53757 St. Augustin

09.09. Klaus Breil  
82347 Bernried a. S.

15.09. Dr. Hans-Gert Pöttering  
Präsident Europäisches  
Parlament a. D.  
10785 Berlin

01.10. Hedi Wegener  
21394 Kirchzellern

20.12. Arno Schmidt  
01731 Kreischa

24.12. Helmut Sauer  
38228 Salzgitter

70 Jahre

02.07. Dr. Uwe-Jens Rössel  
12621 Berlin

07.07. Gerda Hasselfeldt  
Bundestagsvize-  
präsidentin a. D.  
80636 München

21.07. Hans-Kurt Hill  
66265 Heusweiler

28.07. Hellmut Königshaus  
Wehrbeauftragter a. D.  
12207 Berlin

02.08. Dr. Edith Niehuis  
Parl. Staatssekretärin a. D.  
14089 Berlin

03.08. Alfred Sauter, MdL  
Minister a. D.  
81827 München

16.08. Josef Göppel  
91567 Herrieden

29.08. Manfred Zöllmer  
42105 Wuppertal

01.09. Heidemarie Ehlert  
06847 Dessau-Roßlau

18.10. Gudrun Kopp  
Parl. Staatssekretärin a. D.  
32791 Lage

24.10. Helmut Brandt  
52477 Alsdorf

30.10. Dr. Erika Ober  
64720 Michelstadt

02.11. Erika Mann  
37581 Bad Gandersheim

31.12. Dr. Karl Addicks  
66119 Saarbrücken

Wir gedenken

Wilhelm Helms  
Landrat a. D.  
† 08.12.2019

Uwe Lambinus  
† 31.12.2019

Dr. Helmut Geiger  
† 11.01.2020

Dr. Rolf Koschorrek  
† 12.01.2020

Dr. Hans-Joachim Schabedoth  
† 18.01.2020

Alwin Brück  
Parl. Staatssekretär a. D.  
† 14.02.2020

Hans Stefan Seifritz  
Senator a. D.  
† 26.02.2020

Freimut Duve  
† 03.03.2020

Dr. Karl Miltner  
Regierungspräsident a. D.  
† 10.03.2020

Werner Lensing  
† 15.03.2020

Prof. Klaus Daweke  
† 28.03.2020

Hubert Deittert  
† 19.04.2020

Dr. h. c. Torsten Wolfgramm  
Parl. Staatssekretär a. D.  
† 19.04.2020

Herbert Frankenhauser  
† 06.05.2020

**Datenschutz:** Die Vereinigung nimmt den Datenschutz der Mitglieder und aller Anfragenden ernst. Ihre personenbezogenen Daten werden vertraulich behandelt. So geben wir Ihre Daten an Dritte nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung weiter.

**Herausgeber:**

Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e. V.  
Unter den Linden 71 · 10117 Berlin  
Telefon: 030 / 22 79 20 28 · Fax: 030 / 22 79 20 29  
E-Mail: vemdb@t-online.de  
www.ehemalige-abgeordnete.de, www.vemdb.de

**Redaktion:**

Rita Pawelski, Geschäftsführerin  
Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e. V.  
(v. i. S. d. P.)  
Rita Pawelski, Carmen Pägelow, Maria Korinth  
Redaktionsschluss: 4.6.2020

**Realisierung:**

Konzeption, Layout: Holger Ebeling  
Druck: MOTIV OFFSET GbR